

KONGRESSDIENST

H A M B U R G

5. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES

aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik

JAN. / FEBR. 1962

N U M M E R 1

Den Stein vom toten Punkt wegrücken

In dem am 27. Dezember 1961 dem Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Kroll, überreichten sowjetischen Memorandum heißt es im letzten Absatz:

„Wenn es nicht möglich ist, sogleich zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu kommen, lassen Sie uns diese Aufgabe Schritt für Schritt lösen. Der liegende Stein wird bemoost. Man muß ihn vom toten Punkt wegrücken.“

In Bonn aber hat man offensichtlich Angst, den toten Punkt in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu überwinden. Seit Jahr und Tag hat man aus dem festgefahrenen Klischee der Bedrohung aus dem Osten das Dogma der Bonner Politik gemacht. Schon allein der Verdacht, die Haltlosigkeit und völlige Irrealität dieses Dogmas könnte durch eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau oder durch ernsthaftige Ost-West-Verhandlungen der Öffentlichkeit erkennbar werden, versetzt die Bundeshauptstadt in wahre Angstzustände. Wenn dieses Dogma fällt, wie sollte Bonn dann den Griff nach der Atomrüstung, die Verlängerung der Wehrdienstzeit, die zivile Dienstpflicht, die Erfassung der Kraftfahrzeuge, den Luftschutzzummel, die Notstandsgesetzgebung, die riesigen Aufwendungen für militärische Zwecke und nicht zuletzt die Erhöhung des Wehretats auf 16 Milliarden weiterhin begründen?

Und gerade weil die sowjetische Denkschrift, wie Wolf Schenke schreibt, „im Grunde mit dürren Worten sagt: Geht die Entwicklung so weiter wie bisher, dann landen wir mit ziemlicher Sicherheit im Atomkrieg“, gerade darum wollte man zuerst in Bonn das Memorandum überhaupt nicht veröffentlichten und versuchte dann, es mit der schon zur Tradition gewordenen Etikettierung: „Nichts Neues“ unter den Tisch zu jubeln.

Wenn es in den letzten zehn Jahren Dr. Adenauer gelungen ist, auf diese törichte Weise unzählige Male alle Chancen zur friedlichen Lösung der deutschen Frage zu verspielen und uns immer näher an den Rand des Abgrundes heranzuführen, so ist es höchste Zeit, dieses grausame Spiel mit unseren Interessen und mit unserer Existenz endlich zu beenden. So kann und darf es um des Friedens willen nicht weitergehen.

In dem sowjetischen Memorandum wird betont: „Ohne einigermaßen normale Beziehungen zwischen unseren Ländern ist kaum mit einem festen, dauerhaften Frieden zu rechnen. Fühlt sich die Bundesregierung durch solche „einigermaßen normale Beziehungen“, die die Sowjetregierung ihr anbietet, derart bedroht, daß sie lieber das Risiko der atomaren Vernichtung läuft?

Als im Jahre 1922 in Rapallo zwischen Deutschland und Sowjetrußland normale Beziehungen hergestellt wurden, da sagte der damalige deutsche Außenminister Walter Rathenau: „Wir haben unseren Frieden geschlossen nicht mit einem System, sondern mit einem Volk. Und wir haben ihn geschlossen durch die Menschen, die in diesem Augenblick dieses Volk vertreten.“

Auch heute geht es nicht um die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, es geht einfach um die Alternative, „entweder friedlich zu koexistieren und miteinander wettzueifern“, wie es in der Denkschrift heißt, „oder unentwegt dem Atomkrieg mit allen seinen Folgen entgegenzugehen“.

Angesichts dieser Sachlage bedarf es keiner großen Weisheit, um zu erkennen, wo das Interesse der Bundesrepublik liegt. Es ist darum auch nicht verwunderlich, daß immer mehr Stimmen laut werden, die zumindest den Versuch einer Annäherung zwischen Bonn und Moskau befürworten. Neu ist allerdings, daß die Befürworter von Verhandlungen nicht nur in Kreisen der Atomrüstungsgegner, sondern sogar in der Regierungskoalition und selbst in offiziellen Gremien von London und Washington zu finden sind.

Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau werden schwierig sein, ungleich schwieriger als vor zehn Jahren, als im März 1952 der sowjetische Friedensvertragsentwurf von Adenauer und Dulles brüsk abgelehnt wurde. „Es ist nicht schwierig, die politische Lage zu verschärfen. Bedeutend schwieriger ist es, sie zu heilen“, heißt es im sowjetischen Memorandum. Tausendmal schwieriger und verhängnisvoller für die Bundesrepublik hat sich die Ablehnung von Verhandlungen durch die Bundesregierung ausgewirkt. Es genügt jedoch nicht dies festzustellen, wir müssen in unserem ureigenen Interesse der Politik des Nicht-Verhandeln-Wollens entgegenwirken.

Am 14. März wird in Genf der Abrüstungsausschuß der 18 Staaten (je

5 westliche und östliche sowie 8 neutrale) zusammentreten. Auch bei dem Abrüstungsproblem, das in vielen Punkten mit der deutschen Frage zusammenhängt, gilt es „den Stein vom toten Punkt wegzurücken“. Ein erster Schritt wurde hier getan, als die USA und die UdSSR am 20. September vergangenen Jahres nach langen Verhandlungen eine gemeinsame Grundsatzerklärung zur Abrüstung unterzeichneten, der die Genfer Konferenz im wesentlichen ihr Entstehen verdankt. Der lebhaftige Briefwechsel zwischen Kennedy, Macmillan und Chruschtschow über die Frage, auf welcher Ebene — Regierungschefs oder Außenminister — die Genfer Verhandlungen gestartet werden sollen, zeigt zwar, daß noch viele Meinungsverschiedenheiten existieren, er zeigt aber auch, daß die Dinge bereits in Bewegung geraten sind.

Welche Entscheidung von den beteiligten Mächten auch getroffen werden mag, heute steht schon in Washington, London und Moskau fest, daß es in absehbarer Zeit zu Verhandlungen auf höchster Ebene kommen muß, wenn ein Atomkrieg verhindert, die Lage entspannt, die Abrüstung begonnen und der kalte Krieg beendet werden soll.

Auch in Bonn wird man sich dem Trend zu Verhandlung und Verständigung nicht mehr lange verschließen können. Bei den Atomrüstungsgegnern liegt es, durch erhöhte Aktivität, durch immer machtvollere Willensbekundungen, durch immer bessere Aufklärungsarbeit den Prozeß des Umdenkens, den Prozeß der politischen Wende zu beschleunigen.

Haben Sie schon daran gedacht, Ihren

Jahresbeitrag

für den Ständigen Kongreß zu zahlen?

Wenn nein, dann holen Sie es bitte recht bald nach.

Besten Dank im voraus.

Ständiger Kongreß
Hamburg
Eichenstraße 46

Postscheck-Konto:
Hamburg 273 060
(Hans Schiefbahn-Ständiger
Kongreß)

Die Aktionsgemeinschaft vor neuen Aufgaben

Tagung des Zentralen Arbeitsausschusses der Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik am 2. Dezember 1961 in Düsseldorf

Die aktuelle politische Situation, die damit zusammenhängenden Ereignisse waren die Grundlage der Beratungen, die der Zentrale Arbeitsausschuß der Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik am 2. Dezember 1961 in Düsseldorf durchführte.

Die wachsende Gefahr — das beschleunigte Tempo der Aufrüstung — und nicht zuletzt die Lage in Berlin stellen die Aktionsgemeinschaft vor neue Aufgaben, um dieser unheilvollen Entwicklung entgegenwirken zu können. Um wirksam zu sein und noch mehr zu tun, war es notwendig, daß man in gemeinsamer Beratung und durch einen vielfältigen und befruchtenden Erfahrungsaustausch neue Wege und Möglichkeiten erschließt.

In vielen Stunden voll lebhafter Diskussion und klärenden Aussprachen arbeiteten die Freunde und Mitarbeiter des Büros den Entwurf einer Grundsatzerklärung aus, die alles Wesentliche sagen, aber auch alles Mögliche beinhalten sollte, um den Kampf gegen die Bedrohung des Lebens erfolgreich weiterzuführen.

Dicht gedrängt — kaum reichete der Platz aus — erwarteten die Teilnehmer die Eröffnung der Tagung.

Man hörte süddeutsche Laute neben den norddeutschen — rheinische und pfälzische — Aus allen Himmelsrichtungen kommend folgten die Freunde und Gäste unserem Ruf.

Aus tiefster Besorgnis, der Mitverantwortung bewußt, opfereten die Freunde Zeit, Fahrkosten und mancher die Nachtruhe, um durch ihre Anwesenheit ihre Entschlossenheit zu bekunden, den Kampf stärker denn je weiterzuführen.

Der Arbeiter neben dem Theologen, der Betriebsrat neben dem Intellektuellen und Künstlern, die Frauen und die zahlreichen jungen Menschen, die Vertreter der örtlichen Ausschüsse der Aktionsgemeinschaft und verschiedener Gruppen der Atomwaffen- und Rüstungsgegner, ließen die nie versiegende Kraft verspüren.

Die Anwesenheit von Professor Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg und von Professor Dr. Kurt Gröbe, Hamburg waren wegweisend und erhöhten die Bedeutung der Tagung.

Der Sekretär der Aktionsgemeinschaft eröffnete mit begrüßenden Worten die Tagung und gab die Tagesordnung bekannt. Knapp war die Zeit — doch so vieles mußte erarbeitet werden.

Es sprach Herr Prof. Dr. Schneider über das Thema: Friedensvertrag — aber wie? Grundlegend behandelte der Referent dieses Thema — Seine Ausführungen — waren ein warnender Appell. Der Beifall vermittelte dem Referenten die Gewißheit, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren.

Der Sekretär der Aktionsgemeinschaft, Olf Vetter, erstattete den Rechenschaftsbericht. Er erinnerte an das

verheißungsvolle Beginnen der Anti-atombewegung — auch an den Beginn und das Ende von „Kampf dem Atomtod“ und die nie erfolgte Zusammenarbeit trotz aller Bemühungen, an die Beschlüsse des DGB-Vorstandes, die nur papierene Worte ohne jegliche Aktion blieben. Er berichtete von den vielen Schwierigkeiten, dem Kampf gegen die atomare Aufrüstung allerorts — trotz aller Diffamierungen — vom Anwachsen dieser Bewegung trotz aller Widerstände.

Die Herausgabe und die Verteilung hunderttausender Flugblätter wurden erwähnt — aber auch die auf dem Boden der „Demokratie“ erfolgte Beschlagnehmung, gegen die jeglicher Einspruch nutzlos blieb. Der Referent trat der Rufmordkampagne entgegen, mit der man das Zusammengehen aller Atomwaffengegner zu verhindern versucht, nach der Methode: Verleumde kühn, es bleibt immer etwas hängen.

Das „große Geheimnis“ der Geldgeber lüftend, sprach Vetter von den großen Sorgen aber auch von den zahlreichen Opfern aller Freunde, durch die die Aktionen, die Fortführung der Arbeit überhaupt finanziell ermöglicht wurde. Bei der Aktionsgemeinschaft gibt es keine Geheimnisse — der Kampf wird offen und mutig geführt — für die Erhaltung des Friedens. Nur wer den Frieden bedroht, hat es notwendig, sich zu tarnen.

Das beschleunigte Tempo der militärischen Aufrüstung der Bundeswehr — die Verlängerung des Wehrdienstes (die SPD stimmte zu) — die Beratung der Notstandsgesetze erwähnend rief der Referent die Vergangenheit zurück, die ebenfalls so begann und in dem 2. Weltkrieg endete.

Er berichtete auch von dem guten Beginn, dem erfolgreichen Zusammengehen aller Atomwaffengegner und deren Gruppierungen beim Ostermarsch und führte Beispiele gemeinsamer Aktionen an.

Mit dem Ruf: Laßt uns zusammenstehen, nichts darf uns trennen! Niemals dürfen wir müde werden, im Kampf für eine Welt ohne Waffen — ohne Krieg — ohne Atombomben, für den Frieden in der Welt! — beendete der Referent seine Ausführungen.

Nach ihm sprach Prof. Dr. Gröbe, Hamburg. Er unterstrich mit viel Humor — und gesundem Optimismus die Notwendigkeit, noch mehr als bisher zu tun. Mit vielen Anregungen verpflichtete er alle Teilnehmer, mit mutigem Handeln gemeinsam die drohende Gefahr zu bannen.

Nach Prof. Gröbe erläuterten die Herren Hans-Martin Karwehl und Walter Bloch die Entwürfe der Grundsatzklärung und des Appells, über die beraten und beschlossen wurde.

Inzwischen stieg die Temperatur gleich einer Sauna — die Gemüter waren durch die vielen Worte angeregt, so daß in der anschließenden Diskussion infolge Zeitmangel viele der Freunde nicht mehr zu Wort kamen.

Um was ging es in der Diskussion? Über das gemeinsame Anliegen war man sich grundsätzlich einig. Das Wesentliche, was in der Aussprache behandelt wurde, war, wie und auf welche Art die Arbeit intensiviert werden kann. Dabei wurde auch auf den Entwurf der Grundsatzklärung Bezug genommen.

Einige Diskussionsredner waren der Auffassung, in der Grundsatzklärung müßte man, gerade wegen der Verleumdungskampagne, eine Stellungnahme gegen den Antikommunismus aufnehmen, z. B. eine Formulierung: Wir wenden uns gegen den blinden emotionalen Antikommunismus, der im Gegensatz zu einer sachlichen Ablehnung des Kommunismus uns an der Erkenntnis der realen Gegebenheiten hindert. Viele sprachen sich gegen eine solche Formulierung aus.

Eine Namensänderung der Aktionsgemeinschaft wurde vorgeschlagen. In der darüber erfolgten Aussprache einigte man sich, eine solche Änderung nicht vorzunehmen. Ganz besonders wurde die Notwendigkeit betont, die Arbeiter anzusprechen, als eine der wesentlichen Aufgaben, um die es heute geht. Ein weiterer Vorschlag war, die britischen Aktionen nachzunehmen. Ein Betriebsrat war für die sofortige Herausgabe eines Flugblattes. Die Empfehlung, Leserbriefe zur Aufklärung an die Tageszeitungen zu schreiben, war beachtenswert.

Was in den Diskussionen besonders zum Ausdruck kam, war die Forderung nach einer Zusammenarbeit aller Atomwaffengegner und ein gemeinsames Vorgehen aller oppositionellen Kräfte. Wenn eine Gruppe zu einer Aktion aufruft, ist nicht der Aufrufer entscheidend, sondern entscheidend ist, daß alle Gruppen eine solche Aktion unterstützen und sich daran beteiligen. Die Bereitschaft, den diesjährigen Ostermarsch der Atomwaffengegner mit aller Kraft zu unterstützen, war ein besonderes Anliegen der Anwesenden.

Der Grundsatzklärung der Aktionsgemeinschaft wie dem Appell, der in größeren Mengen als Flugblatt herausgegeben werden soll, wurden zugestimmt. Mit der Wahl eines Vorstandes konnte die erfolgreiche Arbeitstagung abgeschlossen werden.

(Der Wortlaut der GRUNDSATZ-ERKLÄRUNG liegt dieser Ausgabe als Sonderblatt bei.)

Ostermarsch – die Protestbewegung gegen den Atomwahnsinn

1962 mächtiger denn je – Vorbereitung ist alles

Es waren nur wenige Unentwegte, die in der Geburtsstunde der Ostermarsch-Idee vor vier Jahren dabei waren. Inzwischen ist der Ostermarsch aller Atomwaffengegner in zahlreichen europäischen Ländern zum Verdruß der Atomstrategen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt.

Die Ostertage haben für die Bewegung gegen den Atomwahnsinn eine ähnliche Bedeutung erhalten wie der 1. Mai für die Realisierung der Forderungen aller werktätigen Menschen. Niemand verfällt der Illusion, daß dem Anliegen der Atomrüstungsgegner durch eine Demonstration an Ostern zum Erfolg verholfen werden kann. Und dennoch kommt dem Ostermarsch im Ringen um die Abschaffung aller atomaren Vernichtungsmittel und um die totale Abrüstung eine außerordentlich große Bedeutung zu.

Ostern halten die Atomrüstungsgegner Heerschau. Neue Impulse für den täglichen Kampf um Krieg oder Frieden werden ihr entwachsen. Neue Menschen werden für die gute Sache gewonnen und Unzähligen werden durch die friedlichen Kolonnen, die durch die Städte und Dörfer marschieren, die Augen geöffnet.

Es ist nicht jedermanns Sache mehrere Tage zu marschieren, aber der Möglichkeiten, den Ostermarsch aller Atomwaffengegner zu unterstützen, gibt es unzählige.

Nur noch wenige Wochen trennen uns von Ostern. Es gilt, sie zu nutzen, um den Ostermarsch 1962 gründlich vorzubereiten und um ihn mächtiger und eindrucksvoller denn je zu gestalten. Nachstehend veröffentlichen wir den Aufruf des Ostermarsch-Kuratoriums und den Organisationsplan für 1962 in der Annahme, daß diese Veröffentlichung vielen unserer Leser als Anregung zur aktiven Unterstützung der Sache der Ostermärsche dienen wird.

Aufruf zum Ostermarsch 1962

Der Frieden der Welt, die Existenz der Menschheit sind immer noch tödlich bedroht, Ost und West treiben weiterhin Politik mit der Bombe. Die Fortsetzung der Atomwaffentests durch Frankreich, die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche durch die UdSSR und die USA haben die internationalen Spannungen gesteigert. Darüber hinaus ist durch die Atomwaffenversuche der atomare Ausrottungsprozeß bereits vor einem Kriegsausbruch im Gange.

Jede vernünftige, jede menschliche Politik hat heute zuallererst die Ächtung der Massenvernichtungsmittel zur Bedingung. Deshalb ist es die Aufgabe der Friedliebenden, allen Schwierigkeiten, aller Verführung, Vergeßlichkeit und Resignation zum Trotz den Widerstand gegen den nuklearen Massenmord und seine Vorbereitung zu mobilisieren, um folgende Forderungen durchzusetzen:

- Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche.
- Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen.
- Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen.
- Allgemeine kontrollierte Abrüstung und
- Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

Gerade die Situation in Deutschland zwingt uns zu höchster Aktivität. Das Verlangen nach Atomwaffen für die Bundesrepublik erhöht entscheidend die weltpolitische Spannung und die Gefahr eines nuklearen Krieges. Wir fordern deshalb für Deutschland:

- Verzicht auf atomare Bewaffnung in ganz Deutschland.
- Verzicht auf die Stationierung atomar gerüsteter Truppen auf deutschem Territorium.
- Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

Die Bewegung gegen nukleare Waffen hat in der jüngsten Zeit, nicht zuletzt durch die Tätigkeit der CND (Campaign for Nuclear Disarmament) und des Komitees der Hundert in Großbritannien, an öffentlichem Einfluß gewonnen.

- Wir fordern schon heute dazu auf, durch Vorbereitung des Ostermarsches der Atomwaffengegner 1962 und durch weitere Aktionen bis Ostern 1962 auch in der Bundesrepublik Deutschland den Protest gegen atomare Waffen in Ost und West unüberhörbar zu machen.

Die Regionalausschüsse werden rechtzeitig Aktionen in ihrem Bereich bekanntmachen. Jeder, der unsere Forderungen bejaht und die Disziplin in unserer Bewegung einzuhalten bereit ist, ist zur Mitarbeit aufgerufen. Überall in der Bundesrepublik sollen örtliche und regionale Ostermarschausschüsse tätig werden, unabhängig von parteipolitischen Bindungen.

Wir werden nicht Ruhe geben, solange unser Leben durch die Atombombe bedroht ist.

Stefan Andres, Schriftsteller;
Hedwig Born;
Benjamin Britten (London);
Domherr Collins (London);
Herbert Faller, Bundesvorsitzender der Naturfreundejugend;
Prof. D. Helmut Gollwitzer;
Prof. Dr. Gustav Heckmann, Pädagoge;
Heinz Hilpert, Intendant;
Dr. Robert Jungk, Schriftsteller;
Dr. Erich Kästner, Schriftsteller;
Dr. Arno Klönne, Publizist;
Oberkirchenrat D. Kloppenburg;
Christel Küpper;

Margarete Lachmund, Gemeinschaft der „Quäker“;

Dr. Armin Prinz zur Lippe;

Prof. Dr. Wilhelm Maler;

Dr. Bodo Manstein, Vorsitzender des Kampfbundes gegen Atomschäden;

Prof. Dr. Katharina Petersen;

Lord Bertrand Russel, Philosoph

Robert Scholl, Oberbürgermeister i. R.;

Studentenpfarrer Martin Schröter;

Prof. Dr. Johannes Ude, Theologe;

Prof. D. Dr. Fritz Wenzel, ehem. SPD-Bundestagsabgeordneter;

Prof. D. Ernst Wolf, Theologe;

Horst Zeidler, Sekretär der Sozialistischen Jugend Deutschlands, „Die Falken“.

Organisationsplan der Ostermärsche 1962

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner hat folgende fünf Hauptmärsche vorgesehen:

Marsch Süd

Der „Marsch Süd“ soll zwei Tage dauern. Drei Marschsäulen werden sich auf München zu bewegen. Die Städte, die die Ausgangspunkte dieser Marschsäulen bilden werden, liegen noch nicht endgültig fest, eine von ihnen soll Dachau sein.

Marsch Südwest

Der „Ostermarsch Südwest“ wird in zwei Säulen an den Ostertagen auf Stuttgart zulaufen. Die erste Marschsäule geht von Göppingen nach Eßlingen, am zweiten Tag von Eßlingen nach Stuttgart. Die zweite Marschsäule beginnt in Bietigheim und endet am ersten Tag in Ludwigsburg, am zweiten Tag in Stuttgart.

Marsch Mitte

Beim „Marsch Mitte“ sind vier Marschsäulen innerhalb von drei Tagen vorgesehen. Die erste marschiert von Miltenberg nach Frankfurt, die zweite Marschsäule erfaßt den Raum Mannheim, Heidelberg und einen Teil von Rheinland-Pfalz und gelangt über Langen nach Frankfurt. Die dritte Marschsäule wird aus Saarbrücken, Rheinland-Pfalz über Rüsselsheim nach Frankfurt ziehen. Die vierte Säule beginnt in Gießen und mündet über Bad Vilbel in Frankfurt.

Marsch West

Eine Marschsäule wird auf Dortmund zulaufen. Der Marsch führt von Duisburg über Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen und Bochum nach Dortmund. Am Abend des Gründonnerstag werden in den Städten Köln, Düsseldorf, Münster, Wuppertal und Bielefeld Veranstaltungen stattfinden, die für den Marsch werben.

Marsch Nord

Der Ostermarsch Nord wird drei Tage dauern. Vom Raketenstützpunkt Bergen-Hohne werden sich sternförmig Marschsäulen in die Städte Hamburg, Bremen und Hannover bewegen.

Folgende Losungen sind für den Marsch festgelegt: „Statt starker Armeen mehr Mut und Ideen“ — „Ich bin mitverantwortlich — auch du“ — „Unruhe ist die erste Bürgerpflicht“ — „Kein Zweck heiligt die Atomwaffen“ — „Ausbildung an Atomwaffen — Ausbildung zum Massenmord“ — „Besser Ko-Existenz als No-Existenz“ — „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie“ — „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation“ — „Sicherheit durch Abrüstung und Verständigung“ — „Gewalt löst keine Probleme“ — „Keine Atomwaffen auf deutschem Boden“ — „Unser größter Feind ist der Krieg“ — „Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa“ — „Nur Friede ist Luftschutz“. In allen Städten werden Flugblätter mit dem Aufruf zum Ostermarsch der Atomwaffengegner verteilt werden.

Tödlicher Wahn: Atomluftschutz

Der Februar-Ausgabe der vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ (Bund-Verlag GmbH, Köln, Deutz-Kalker-Str. 46/48) entnehmen wir auszugsweise einen Artikel von Fritz Vilmar, der zusammen mit Robert Jungk im vergangenen Jahr die ausgezeichnete Broschüre „In der Todeskurve“ veröffentlicht hat.

Wahn, Verblendung, Selbstbetrug, Leben in Illusion: die Kategorien der großen Propheten Israels und der modernen Psychoanalyse sind nur gemeinsam hinreichend, um die Dimensionen des Unglücks zu erfassen, das die Regierungen heraufbeschwören, indem sie sich und ihren Völkern die tödliche Hoffnung und Beruhigung eines atomaren Luftschutzes vorspiegeln. Dabei ist der Schein, „jeder habe eine Chance“, mit Hilfe des Luftschutzes den Atomkrieg gesund zu überstehen, verführerisch groß. So lebensnotwendig die Entlarzung des Luftschutzes als Fata Morgana ist, die verhängnisvoll den Völkern den Weg durch die Atomwüste gangbar erscheinen läßt, so wenig nützen die landläufigen, vordergründigen Einwände eines verbreiteten Ohne-mich-Standpunktes dem neuerstehenden „Zivilen Bevölkerungsschutz“ gegenüber. Den Widerstand einer kenntnislosen, meist falsch begründeten Ohne-mich-Haltung werden die scheinbar vernünftigen Argumente der Luftschutzideologen entkräften. Der Widerstand muß sich auf das Entscheidende, objektiv und nachweislich Wahnhafte dieser „Vorbereitungen“ für den atomaren „Ernstfall“ konzentrieren. Das Folgende soll mit einigen notwendigen Fakten und Nachweisen dazu beitragen.

Der Strahlentod wird retuschiert

Die beängstigende Aktualität der alttestamentarischen prophetischen Geschichts- und Politikdeutung liegt darin, daß gezeigt wird, wie ein Staat, ein Volk immer wieder vor die existentielle Entscheidung sich gestellt findet, selbstherrlicher, machtpolitischer Verblendung, damit schließlich dem machtpolitischen Fiasko zu verfallen — oder der Stimme gottgehoramer Vernunft und Erneuerung zu folgen. In diesem Sinn stehen wir gegenwärtig in der Gefahr, einem Verblendungsvorgang von noch nie zuvor gekannter Katastrophalität zu erliegen in Gestalt auftrumpfender Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Strahlentod. Die Propagandisten der atomaren Machtpolitik, die eben doch nicht allein mit der Abschreckung, sondern auch mit dem Atomkrieg selbst kalkulieren, wagen einfach nicht, den Soldaten und der Zivilbevölkerung die unabsehbaren Schrecken einer Strahlenverseuchung einzugestehen, der kein Luftschutz gewachsen ist.

Es genügt hier, ein durchaus typisches Beispiel der wahn-sinnigen Verharmlosung zu analysieren — es ist zugleich sozusagen authentisch, zitiert aus der grundlegenden Schrift zur Einleitung der bundesoffiziellen „Aufklärungsaktionen“, der an alle Haushaltungen verteilten Broschüre „Jeder

hat eine Chance“ des „Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz“ „im Auftrag des Bundesministeriums des Innern“. Über die radioaktiven Wirkungen nuklearer Waffen weiß diese 19seitige Schrift ganze zehn Zeilen (S. 8f.) zu berichten: daß es eine kurze Anfangsstrahlung gebe, die nur 60 Sekunden dauere, und eine schwächere „Rückstandsstrahlung“, die sehr rasch abklingt, ferner radioaktiven Niederschlag geringer Strahlenreichweite.

Es gemahnt an die Erfahrungen des Psychoanalytikers zu sehen, wie hier das Allerwichtigste, aber auch Allerpeinlichste, das unbewältigte und nicht zu bewältigende Trauma des Luftschutzideologen rasch, wie beiläufig, abgetan, teils übergangen, teils in retuschierenden, beruhigenden Wendungen umschrieben wird. Andererseits freilich: hier haben wir es nicht mit unverantwortbaren Reaktionen des Unterbewußtseins zu tun, sondern mit ganz bewußter Produktion des Gegenteils von Aufklärung, bewußter oder grob fahrlässiger Irreführung von aber Millionen Staatsbürgern in einem Ausmaß und mit möglichen Folgen, daß zu fragen ist, ob dergleichen nicht strafrechtliche Konsequenzen haben müßte. Denn hier stimmt nichts wirklich, nichts genau. Und das Bündel der in zehn Zeilen geschickt formulierten Ungenauigkeiten bewirkt eine „Ver-niedlichung des ganzen Problems“, eine offenbare Verschleierung der Strahlengefahr vor dem Volk. Der Tenor der Luftschutzideologie in dieser Beziehung lautet: Alles halb so schlimm: die Strahlung „klingt sehr rasch ab“; ein paar Stunden oder Tage, höchstens eine bis zwei Wochen im wohleingerichteten Keller oder Bunker, ein paar Zentner atomstaubgeschützter Lebensmittel in Bereitschaft — und alles kann gutgehen.

„Winzige Reststrahlung“ ...

Stellen wir dieser schönfärbenden offiziellen Ideologie die Tatsachen gegenüber, die übergangen werden, weil an ihnen jeder denkbare Luftschutz scheitert:

Irreführend wird der Schein erweckt, als gäbe es nur anfangs eine starke Strahlung, die aber bereits nach 60 Sekunden vorüber ist; danach wirke nur noch, rasch abklingend, eine schwächere „Rückstandsstrahlung“. In Wirklichkeit wird „die Initialstrahlung zeitlich etwas willkürlich gegenüber der Residualstrahlung abgegrenzt, und zwar zählt man alle Kernstrahlen, die innerhalb einer Minute nach der Explosion ausgesandt werden, zu der Initialstrahlung“. Mit anderen Worten: auch nach der ersten Minute hält eine gewaltige Strahlung an, nur nennt

man sie nicht mehr Anfangsstrahlung. Natürlich sind die nachfolgenden radioaktiven Strahlungen in der Intensität je Stunde schwächer als die erste Strahlung des Explosionsausstoßes. Trotzdem ist es irreführend, diese langnachwirkende Strahlung der radioaktiv gewordenen Stoffmassen („Rückstände“) schwächer zu nennen; in Wahrheit ist ihre Gesamtenergie doppelt so groß wie die der Anfangsstrahlung ...

Die universale, viele Jahrzehnte andauernde Lebensgefahr des Fallout wird verschwiegen. In Wahrheit nämlich bewirken die in radioaktiven Staub verwandelten Bomben-, Luft- und Bodenbestandteile — bei bodennahen Explosionen bis zu mehreren Millionen Tonnen — eine Verseuchung der ganzen Erde. Wobei immer wieder zu betonen ist, daß trotz des raschen Abklingens der Hauptstrahlung die restlichen langstrahlenden Spaltprodukte im Kriegsfall zur Verseuchung unserer Breiten ausreichen. Bedeutende Strahlenstaubmassen werden in und über die Wetterschicht der Atmosphäre geschleudert. Nach Wochen, aus der Stratosphäre selbst nach Jahren noch, sinken radioaktive Teilchen auf die Erde zurück, vor allem in den geographischen Breiten der Explosionsorte. Kein noch so kostspieliger Luftschutz könnte die Menschen auf die Dauer davor bewahren, in und nach einem Atomkrieg verseuchte Luft einzatmen, „strahlende“ Lebensmittel essen zu müssen und mit radioaktivem Staub in Leben und Gesundheit zerstörende Berührung zu kommen. „Die Belastung über Atemluft, Trinkwasser und Nahrungsmittel beträgt heute (nach den relativ wenigen — 260 — Versuchsexplosionen, F. V.) schon einige Prozent der maximal zulässigen (zum Teil 10 bis 20 v. H.) ...“

Erstes Fazit

Die Experten, sogar im Bundesluftschutzamt sitzende oder von ihm anerkannte Experten, überführen die LS-Propagandisten (die „Aufklärung“ fürs Volk) und die Luftschutzplanungen ihrer Wahnhaftheit. Es war notwendig, die Strahlenproblematik derart betont ins Zentrum einer kritischen Erörterung des Atomluftschutzes zu stellen. Denn mit dem Strahlenschutz steht und fällt der Luftschutz in unserer Zeit. Die Kenntnis sorgfältiger, hier nur auszugsweise referierter Forschungen führt zu dem Schluß: daß es zwar momentan einen Schutz gegen Zusammensturz, Hitze und auch Strahlung gibt; man kann in Schutzräumen einige Zeit überleben — aber es gibt keinen dauerhaften Schutz. Man kann in einem von Hunderten oder Tausenden von Atomexplosionen verseuchten Land nicht weiterleben. Völlig illusionär aber sind — da niemand das Handeln des Gegners bestimmen kann — die Vertröstungen: es könne ja vielleicht auch atomwaffenfreie oder begrenzte Atomkriege oder vorwiegend Fallout-arme Explosionen geben. Die rosa Brille falscher Hoffnungen beseitigt den Schrecken nicht.

Die Radioaktivität hat einen längeren Atem als jeder Luftschutz. Daher ist dieser ein Wahn. Und zwar ein tödlicher Wahn, tödlicher Schutz, weil er

den Schein der Verlässlichkeit erzeugt und daher verlockt, den Atomkrieg als reales politisches Mittel einzukalkulieren und zu riskieren. Tödlicher Schutz: wie ein Haus in der Arktis, dessen Heizung nicht ausreicht: kostspieliger komfortabler Sarg ...

Es ist bewiesen, daß durch Luftschutzmaßnahmen, Schutzraumbau, Aufbau eines Hilfsdienstes, Ausbildung der Bevölkerung und dergleichen im Zweiten Weltkrieg die Bevölkerungsverluste und selbst die Sachschäden bedeutend verringert werden konnten. Es ist bewiesen, daß auch bei nuklearen Explosionen durch Schutzräume und Schutzmaßnahmen die „Überlebensquote“ wesentlich erhöht werden kann. Der atomare Luftschutz scheitert nicht an der atomaren Zerstörungskraft, jedenfalls nicht unbedingt. Wäre nur sie, so hätte der Bevölkerungsschutz vielmehr eine reale Bedeutung und müßte wahrscheinlich bejaht werden: Millionen könnten gerettet werden, die, aus den Schutzräumen kommend, eventuell evakuiert, eine schwache, aber reale Chance menschenwürdigen Weiterlebens (nicht nur Überlebens) hätten. Erst die unsichtbare, unabhäufbare, endlose Strahlenverseuchung aller Lebensräume und Lebensmittel mitsamt den ungeheueren Verwüstungen der meisten Einrichtungen freizeithaltigen Lebens, erst die entsetzliche Folge von Strahlenkrankheiten, Strahlentoden, Mißgeburten in zahllosen Generationen: dieser Freiheit und Menschenwürde mehr als jede Diktatur zerstörende Schrecken ohne Ende ist derart, daß man sagen muß: lieber tot, als durch Luftschutz zu solchem qualvollen Weitervegetieren auf Abbruch gerettet ...

Der Luftschutzwahn heizt den Kalten Krieg

Es gilt scharf zu unterscheiden: die offiziellen Begründungen (die Ideologie) des Luftschutzwahns — seine tatsächlichen Gründe —, schließlich seine psychologischen, ideologischen Wirkungen. Die offizielle Ideologie stützt sich vor allem: auf die positiven LS-Erfahrungen im 2. Weltkrieg, auf (selbst-)betrügerische Darstellungen der Gefahr, auf die weite Verbreitung, die allgemeine Geltung des Wahns: „Wie alle anderen Länder der Erde kann auch die Bundesrepublik auf ... vorbeugende Schutzmaßnahmen nicht verzichten“ (aus einer offiziellen Verlautbarung des LS-Bundesamts).

Die wahrhaften Gründe für die Propagierung und Ingangsetzung dieses gewaltigen „Phantomprogramms“ (wie ein führender amerikanischer LS-Fachmann das Ganze nannte) sind andere, ob das dem einzelnen LS-Planer bewußt ist oder nicht. Der holländische General Kruls hat sie einmal mit seltener Offenheit ausgesprochen: „Man kann doch nicht im Ernst von einer westlichen politischen Führung den Entschluß erwarten, wirklich die strategischen Streitkräfte in Aktion zu setzen und damit den allgemeinen Atomkrieg zu entfesseln, wenn sie sicher weiß, daß die Maßnahmen, um die eigene Bevölkerung gegen die Folgen eines derartigen Krieges zu schützen, vollkommen unzureichend sind ... Kein Soldat wird mehr kämpfen, wenn das, wofür er kämpft, ver-

loren ist.“ Damit sind wir beim politischen Kern der Sache: Der Wahn eines Atomluftschutzes ist das illusionäre Auffangnetz, über dem der verantwortungslose machtpolitische Balanceakt des Kalten Krieges riskierbar, die Politik „am Rande des Abgrunds“ möglich erscheint. Atomluftschutz ist Opium für das Volk. 181 amerikanische Professoren haben das sehr genau erkannt, als sie bei Kennedy gegen die Luftschutzmachenschaften protestierten, weil „eine derartige Aktivität das Volk für die Hinnahe

des Nuklearkrieges als Instrument der nationalen Politik vorbereitet“. Ich möchte hier darauf verzichten, Schlußfolgerungen aus dieser Analyse zu formulieren. Jeder Denkende weiß, was zu tun ist: alles in unserer Kraft Stehende, um mit allen Mitteln den Wahn eines Atomluftschutzes zu zerstören — indem wir, gewappnet mit konkretem Wissen, das Wahnhafte aufdecken. Daß in dieser Lebensfrage die meinungsbildende Macht der Gewerkschaften mitverantwortlich ist, bedarf wohl keiner Diskussion ...

Freiheit, die Bonn meint

Sind Atomwaffengegner Frei... wild?

Fernsehen, Rundfunk, Presse und ganze Bataillone von wohlbestallten Rednern versuchen täglich aufs neue, uns davon zu überzeugen, in welchem großartigem Freiheitssystem wir leben. Und wirklich, wir sind ja sooo frei.

Sehen Sie, da ist zum Beispiel der Herr Springer. Der ist ganz frei, den Käufern seiner Zeitungen täglich das Hirn zu vernebeln. Ja, und der Herr Verteidigungsminister Strauß hat die Freiheit, die Befürworter des Rapackplans als potentielle Kriegsverbrecher zu bezeichnen. Sein Parteifreund und Ministerkollege Dr. Schröder besitzt sogar die Freiheit, die Atomwaffengegner als getarnte Kommunisten zu brandmarken.

Die „Düsseldorfer Nachrichten“ (9. 12. 1961) und „Der Spiegel“ (7. 2. 1962)

Die Atomwaffengegner haben aber noch mehr Freiheiten, so z. B. Flugschriften zu veröffentlichen. Von dieser Freiheit machte die Aktionsgemeinschaft Gebrauch und druckte zu den Bundestagswahlen das Flugblatt „Die Gefahr wächst“. Dem Düsseldorfer Staatsanwalt gefiel das Flugblatt nicht, er nahm sich die Freiheit, es beschlagnahmen zu lassen. Die Aktionsgemeinschaft wandte die Freiheit der Beschwerde an. Das Düsseldorfer Landgericht hatte die Freiheit, sie abzuweisen. Ermutigt von so viel Freiheit ließ jetzt das Dortmunder Amtsgericht das Luftschutz-Flugblatt der Aktionsgemeinschaft „Alarm“ beschlagnahmen.

Vor tausend Jahren sagte mal einer: Wer Jude ist, bestimme ich. Heute heißt es in Bonn: Was Freiheit be-

An die
Chefredaktion „Der Spiegel“
Hamburg 1
Pressehaus

Betrifft: „Hahn zu“ im „Spiegel“ Nr. 6 vom 7. Februar 1962
Zur Veröffentlichung in Ihrer Zeitschrift teilen wir Ihnen mit:

Ihre Behauptung:

„Die Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik soll wegen Geldmangel aufgelöst werden“

ist un w a h r.

Noch empörender ist, daß Sie zwischen den Zeilen behaupten, unser Geldmangel sei hervorgerufen durch die Streichung bisher gewählter Zuschüsse der SED oder der KPD.

Derartige Zuschüsse existieren lediglich in der Phantasie des früheren Bundesinnenminister Schröder. Es charakterisiert die Situation in der „Spiegel“-Redaktion, daß Sie jetzt aus dieser Quelle schöpft.

Hochachtungsvoll
Aktionsgemeinschaft
gegen die atomare Aufrüstung
der Bundesrepublik

haben die Freiheit, die unter dem Schutz der Immunität getanen Äußerungen des ehemaligen Bundesinnenministers nachzukläffen und sie auf die „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ in Anwendung zu bringen. Die Aktionsgemeinschaft wird die Freiheit zuerkannt, sich dagegen mit einer Widerlegung zu wehren. Die betreffenden Zeitungen aber haben die Freiheit, dem Abdruck der Widerlegung (Düsseld. Nachr. 11. 1 1962) ein eigenes Schwänzchen folgen zu lassen, in dem sie praktisch ihre erste Verleumdung wiederholen.

deutet, bestimmen wir. Die Atomwaffengegner werden in Bonn als Frei... wild betrachtet, man gesteht ihnen höchstens die Freiheit zu, den Mund zu halten. Wir, für unser Teil, sind so frei, das nicht hinzunehmen.

★

Positiv beantwortet soll die Schweiz den schwedischen UN-Vorschlag zur Bildung eines Bundes atomwaffenfreier Länder fordern die „Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung“.

Volk ans Gewehr!

So drang aus jungen Kehlen voller Begeisterung dieses Lied — der Führer befahl und alle folgten. In den Massen-Gräbern auf Rußlands weiter Ebene — in ganz Europas Erde verstreut — liegt diese einst so fröhliche Jugend begraben, die diesen Irrsinn mit dem Leben bezahlen mußte.

Und wieder rührt einer die Trommel und wieder ergeht der Ruf an die deutsche Jugend, für die Verteidigung der „bedrohten“ Freiheit — für's Vaterland — Wehrdienst zu leisten. Gewiß, die Hand am Gewehr wird nicht sofort verdorren, wie Herr Strauß einstmal beschwor, doch mit dem Gewehr in der Hand wächst stündlich die Gefahr, daß sie verdorrt.

Mit viel Lamento und wenig Widerstand wurde die Wehrpflicht eingeführt. Mit klingendem Spiel — an die Tradition des „bewährten“ deutschen Soldatentums appellierend — wurde die Jugend zur Fahne gerufen. Es wird wieder marschiert — mit Kopfschütteln, lieber Bundesbürger, ist es aber nicht getan. Es begann wie einst, doch nur mit einem Unterschied: Diesmal hat keiner eine Chance des Überlebens.

Die Wehrdienstzeit wird erhöht — die Einsatzbereitschaft wird somit gesteigert — in 18 Monaten soll die Jugend an Spezialwaffen ausgebildet werden, für den Ernstfall. Die Wehrrüchtigung wird wieder als Mannestugend angepriesen und das Heldentum als die beste Bewährung.

Die Sozialdemokratische Partei — sprich: ihre Führer — hat dem Wehrgesetz und nun auch der Erhöhung der Wehrdienstzeit zugestimmt. Die sozialdemokratische Opposition und deren Gewissen ist tot, besonders das Gewissen jener, die dem Gesetz zustimmten. Was im Jahre 1914 geschah, was sich 1933 und 1939 wiederholte und heute erneut geschieht, wirft dunkle Schatten voraus und zeichnet den Opfergang des deutschen Volkes, das sich von den Dämonen seines Schicksals nicht zu befreien versteht. Der 19. Januar 1962 (Verlängerung der Wehrpflicht im Bundestag) wird als einer der schwärzesten Tage in die Annalen der deutschen Geschichte eingehen, falls sie nicht für immer ausgelöscht werden sollte.

Von „der Notwendigkeit der Stunde“ sprach SPD-Erler und suchte damit seine Zustimmung zur Wehrdienstverlängerung zu begründen. Die Verlängerung der Wehrdienstzeit wird spürbare Folgen nach sich ziehen. Die Notstandsgesetze stehen vor der Tür.

Riesensummen für die Super-Aufrüstung 1962

Die öffentliche Meinung registriert bestürzt, mit welcher Selbstverständlichkeit über das Volksvermögen und damit über die Arbeitskraft aller verfügt wird. 16,5 Milliarden — fast ein Drittel der gesamten Bundeshaushaltsmittel — verschlingen die Aufrüstungskosten im Jahre 1962.

Für welche Zwecke werden die Riesensummen verwandt — hier einige Positionen:

2 Milliarden Mark für militärische Bau-
maßnahmen
eine halbe Milliarde für neue Kasernen
5 Milliarden für Schiffe, Raketen und
Munition
100 Millionen für den Bau von Depots
160 Millionen für Um- und Erweiterungs-
bauten
129 Millionen für Flugplatzbauten
48 Millionen für den Marine-Anlagen-
bau
einige hundert Millionen Mark für den
Bau von Ausbildungs- und Übungs-
lagern, für technische Schieß- und
Fernmeldeanlagen und für Munitions-
lager
38 Millionen für den Bau von Dienst-
gebäuden
13 Millionen für die Unterbringung
von Bundeswehrangehörigen außerhalb
der Kasernen
1,65 Milliarden für Flugzeuge und
Raketen
1,2 Milliarden für Truppen- u. Kampf-
fahrzeuge
3 Milliarden für Personalkosten, davon
970 Millionen für die Bundeswehrver-
waltung und 22,4 Millionen für Dienst-
bezüge, Zulagen und Zuwendungen
3,3 Millionen für ein rundes Dutzend
Schriften und Zeitschriften der „Inne-
ren Führung“
1,8 Millionen für die „psychologische“
Verteidigung
1,26 Millionen für den militärischen
Abschirmdienst

Die Rüstungsausgaben erreichen einen solchen Grad, daß die Belastung der Bevölkerung fühlbar zunimmt und Steuererhöhungen zum Ausgleich notwendig werden.

Preiserhöhungen sind vorausgesagt — einige sind bereits spürbar — die Hausfrauen können von ihren Nöten und Sorgen berichten. Natürlich wird in Bonn behauptet, dies alles habe nichts mit der Rüstung zu tun. Man verschleierte die Tatsachen und schiebt die Schuld auf die fehlende Maßhaltung des Volkes.

Der kalte Krieg ist zu einem großen Geschäft geworden. In seinem Zeichen floriert die Rüstungsproduktion.

Um den kalten Krieg glaubwürdig zu machen, braucht man einen Feind, der uns bedroht. Die Propagandamaschine läuft auf Hochtouren und so wird munter weiter gerüstet. Die Bundesregierung hält sich erst dann für verhandlungsbereit, wenn sie über „modernste Waffen“ verfügt, um sie als Trumpf ins politische Spiel zu bringen. Wir erleben eine sehr ernste und gefährvolle Phase der Bonner Politik der Stärke.

Es ist ein grausamer Irrtum, wenn man glaubt, mit Panzer, Kanonen und Atombomben eine Lösung erzwingen zu können. Bonner Panzer schaffen die Berliner Mauer nicht ab. Das geht nur mit Verhandlungen und Bemühungen um friedliche Verständigung.

Es ist höchste Zeit, aus dem Teufelskreis des Wettrüstens herauszukommen. Verständigung oder Vernichtung, darüber haben wir zu entscheiden.

Deutschland — Brücke zwischen Ost und West

Deutsche Friedensgesellschaft fordert gutnachbarliche Beziehungen mit allen Völkern

Die Bundestagung der Deutschen Friedensgesellschaft von 1892, die vom 26. bis 28. Januar in Bad Godesberg abgehalten wurde, unterstrich die Notwendigkeit, Deutschland wieder seiner Aufgabe gerecht werden zu lassen, Brücke zwischen Ost und West zu sein.

Nach einer arbeitsreichen Tagung, in deren Verlauf D. Martin Niemöller wieder zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt wurde, beschloß darum die Bundestagung auf Vorschlag der SPD-Bundestagsabgeordneten Helene Wessel, eine Petition an Bundesregierung und Bundestag zu richten, in der es u. a. heißt:

„Die Regierung der UdSSR hat zum Ende des vergangenen Jahres eine Denkschrift überreicht, in der die Auffassung vertreten wird, daß eine Besserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern den deutschen Interessen eher dient als die Einreihung in eine militant antikommunistische Front.

Die Denkschrift der Bundesregierung sollte von der Bundesregierung sorgfältig geprüft und nicht wie frühere Noten mit unzulänglicher Begründung verworfen werden.
Nach der Herstellung eines gutnach-

barlichen Verhältnisses zu unseren ehemaligen westlichen Gegnern sollten wir nunmehr auch geduldig und konsequent Maßnahmen ergreifen, um mit den osteuropäischen Völkern als gute Nachbarn in Frieden leben zu können.“

Weiterhin wurde eine Erklärung angenommen, in der auf die Notwendigkeit verwiesen wurde, die durch die Spannungen in Deutschland entstandene Kriegsgefahr durch Verhandlungen zu entspannen. Als erste Maßnahmen einer Entspannung wird der Verzicht beider deutscher Teilstaaten auf die atomare Bewaffnung sowie die gegenseitige Respektierung ihrer Souveränität vorgeschlagen. Ferner wird ein neuer Status für Westberlin gefordert, „der seine Lebensfähigkeit, den freien Zugang und das Recht der Verbindungen nach allen Seiten garantiert“.

Weiterhin beschloß die Deutsche Friedensgesellschaft den Ostermarsch mit aller Kraft zu unterstützen, die Kontakte mit dem Friedensrat der DDR auch weiterhin zu pflegen und eine Delegation nach Berlin zu entsenden, die mit dem westberliner Senat und dem ostberliner Magistrat „über mögliche Entspannungsmaßnahmen in Berlin zu sprechen“.

Ein Märchen für gebrannte Kinder

Der König auf dem Hafersack

Ein pausbäckiger König mit Löffel sitzt auf einem prallen Hafersack. Auf Seite 2 bekommt der pausbäckige König einen Teller Suppe auf sein Kindertischchen. Zuerst denkt man: Das ist Reklame für Märchenschallplatten. Aber wenn man genauer liest, dann merkt man, daß der dicke Hafersack samt Löffelchen, Süppchen, Kindertischchen und Pausbäckchen nur eine offizielle und niedlich verpackte Aufforderung zum Hamstern ist. Nach den schlechten Erfahrungen mit der Luftschutzbrochüre hat man diesmal kindlich wie ein Märchenbuch und fröhlich-bunt wie ein Touropa-Prospekt „an alle Haushaltungen“ geschrieben: „Gut aufheben und in der Familie besprechen!“

Der König in der Schublade

Die fröhlich-kindliche Verpackung soll verbergen, daß diese Brochüre erst genehmigt wurde nach jahrelangen internen Kämpfen, in denen es weder fröhlich noch kindlich zugeht. Da fegte plötzlich der Atomkrieg über die Bundesrepublik dahin, einmal von Ost nach West (weil immer der andere anfängt) und dann noch einmal von West nach Ost, weil die NATO bei diesem Manöver ihre Überlegenheit zeigen wollte. Das war 1957, Manöver „Schwarzer Löwe“. Aber die eingeladenen Bonner Ministerialbeamten beschäftigte die Frage des Endsieges nicht so sehr. Sie überlegten, wie Räder auf verstopften Straßen rollen müßten, und wie man vor und nach dem Endsieg die Wirtschaftswunderkinder satt kriegen könnte. Und sie fragten sich: Wer fordert zum Hamstern auf? Aber der Hafersack-König blieb zunächst lange in der Schublade. Denn es war ja nicht nur die Frage der Zuständigkeit zu klären, es gab auch die bösen Vorwürfe der „Panikmache“, „Angstkäufe“ und „Kriegsvorbereitungen“. Und darum nutzte man die Zeit nach alter deutscher Tradition zunächst zum Kauf von Waffen. Wie man sich und andere vor ihrer Wirkung schützt, das konnte später verhandelt werden. Später, wenn das Volk sich wieder an das Militär gewöhnt hat, später, wenn die Opposition im Wirtschaftswunder erstickt, später, wenn ein Halstuchmörder die Bundesrepublik mehr beschäftigt als die Verlängerung der Dienstzeit. Und soweit ist es nun. Der König darf aus der Schublade heraus und ruft nun fröhlich und kindlich in „alle Haushaltungen“: Leute, hamstert!

Leute, hamstert!

Wer hat den Pausbäckigen ernst genommen? Wo ist er „in der Familie besprochen“ worden? Wo ist der „Grundvorrat für zwei Wochen“ angelegt? und wo der „Ergänzungsvorrat“ mit kochfertigen Suppen, getrockneten Speisekartoffeln, aufgehängtem Speck und Mineralwasser? Wo sind die Kanister, Koffer und Kartons — und wo die mit säurefreiem Mineralöl

eingefetteten Dosen? Wo sind die „Datums-Aufkleber“ mit „Austauschdatum“ und „Lagerzettel“ „gut sichtbar in der Küche“? „Unterteilen Sie Ihren Vorrat zweckmäßigerweise in kurz- und langlebige Waren!“ Wird der König vielleicht deswegen nicht ernst genommen, weil die Bundesrepublikaner sich bei einigem Nachdenken selber zu den „Kurzlebigen“ rechnen müssen — nach dem atomaren Gesetz, nach dem sie angetreten sind?

Sehen wir zur Schweiz!

Was in Sachen Neutralität immer streng verboten war, dazu werden die Westdeutschen nun aufgefordert: „Sehen wir zur Schweiz!“ Ein pausbäckiger Schweizer mit Hellebarde und Flagge bewacht jetzt die Hafersäcke, zu denen noch ein Faß (Bier?) hinzugekommen ist. „Sehen wir zur Schweiz: Dort ist der Vorrat im Hause vorge-schrieben!“ „Wieviel mehr müßten

wir, als gebrannte Kinder, die Vorratshaltung ernst nehmen!“ Als gebrannte Kinder? Die alte Weisheit meint, daß gebrannte Kinder das Feuer scheuen! Den deutschen Regierungen ist es aber trotz ihrer gebrannten Kinder fast immer nur um die Erhöhung der eigenen Feuerkraft gegangen. So auch jetzt. Darum wird die pausbäckige Hamster-Aufforderung auch nicht mit irgendwelchen Kriegsvorbereitungen begründet. Das Wort Krieg kommt absichtlich nirgends vor. Es wird nur an einer Stelle „eine internationale Auseinandersetzung“ erwähnt (Seite 2), „in die unser Land ohne Zutun verwickelt wird“. Ein schönes Märchen: Kinder, die zweimal gut Feuer gemacht und sich zweimal gut die Finger verbrannt haben, sammeln jahrelang Zündhölzer und sagen dann beim Hamstern: Nächstesmal brennt es ohne unser Zutun.

„Es ist ganz einfach beruhigend, etwas für sich und die Seinen getan zu haben“, meint die Brochüre. Und es ist ganz einfach beunruhigend und beschämend, diesen niedlichen Hamsterprospekt aufmerksam zu lesen, meint der Leser, der die Kinder nicht gern mit dem Feuer spielen läßt.

Warnung nicht überhören!

Nach einer mehrtägigen Diskussion mit evangelischen Bundestagsabgeordneten hat eine Gruppe evangelischer Wissenschaftler, die zum Teil zu den achtzehn „Göttingern“ gehören, eine Denkschrift verfaßt, die an alle Mitglieder des Bundestages gerichtet ist. In diesem Dokument wiederholen die Gelehrten, an deren Spitze der bekannte Universitätsprofessor Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker steht, die bereits im Jahre 1957 von den 18 „Göttingern“ ausgesprochene Warnung vor einer atomaren Ausrüstung der Bundesrepublik. Gleichzeitig erheben sie ihre Stimme gegen die fortschreitende Beschneidung der demokratischen Rechte und gegen die Vernachlässigung von Forschung und Wissenschaft.

Bewegt von dem Bewußtsein ihrer Mitverantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes schlagen die Verfasser in ihrer Denkschrift vor, die Rüstungsausgaben zu verringern und dafür die finanziellen Zuwendungen der Bundesrepublik für Unterricht und Forschung den Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechend zu erhöhen.

Unheimliches Bündnis

In seiner mit großem Tamtam schon tagelang zuvor angekündigten Fernsehrede kündigte General de Gaulle am 5. Februar statt des erwarteten Algerienfriedens an, Frankreich werde bis Ende des Jahres die ersten operationellen Atomwaffen-Verbände besitzen.

Am 3. Februar schrieb die Hamburger Wochenschrift „Neue Politik“, de Gaulle habe zwar die A-Bombe, könne aber allein nicht zur großen Atommacht werden. De Gaulle versuche darum,

über ein zu schaffendes Dreier-Direktorium in der NATO (USA, England, Frankreich) mit über die NATO-Atomwaffen zu verfügen. Als guter Generalstäbler habe aber de Gaulle einen Alternativplan.

„Ist der ursprünglich angestrebte exklusive Dreier-Klub innerhalb der NATO nicht möglich“, schreibt das Blatt, „so läßt sich vielleicht ein... europäischer Militärklub bilden, mit französischer Atomproduktion, bundesdeutscher Wirtschaftskraft und bundesdeutschen Soldaten als Kern. Die in der Bundesrepublik, vor allem von Verteidigungsminister Strauß, gehegte Tendenz, ein Mitspracherecht über Atomwaffen zu gewinnen... könnte sich mit dem de Gaulleschen Alternativplan glücklich vereinen. Und so deutet man auch schon an, daß dem Spezialbündnis der kontinentalen Westeuropäer unter Frankreichs Führung das französische Atomforschungszentrum von Marcoule zur Verfügung stehen könnte.“

So sehr wir die deutsch-französische Aussöhnung begrüßen, so sehr wenden wir uns gegen ein solch unheimliches Bündnis zur Atomwaffenbeschaffung.

Mein Auto bleibt zivil

Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) ruft alle Autofahrer auf, am 10. März 1962 eine Protestfahrt gegen die Erfassung und Musterung der Kraftfahrzeuge unter dem Motto „Mein Automobil bleibt zivil!“ zu veranstalten. Gleichzeitig soll dabei für den Ostermarsch geworben werden. In Essen treffen sich die Teilnehmer an dieser Protestfahrt am 10. März um 12.30 Uhr auf dem Vorplatz des Bahnhofes Essen-West.

Sitzstreik in Duisburg

Nach englischem Vorbild fand vor Weihnachten in Duisburg vor der Kaserne einer britischen Raketeinheit der bisher größte Sitzprotest der Bundesrepublik statt. Zu dieser Aktion hatten zahlreiche Persönlichkeiten, unter ihnen die Pfarrer Essen, Günneberg, Sanss und Wandersleb aufgerufen.

Die rund 200 Demonstranten erklärten in einem Aufruf: „Der dritte Weltkrieg kann jeden Moment ausbrechen, wenn die Regierungen in Ost und West den Rüstungswettlauf nicht einstellen und durch Verhandlungen die kontrollierte vollständige Abrüstung erreichen. Setzt Euch mit uns für diese Forderungen ein, ehe es zu spät ist.“

Angesichts der Verlegung einer weiteren Raketeinheit nach Duisburg und der ständig steigenden Aufrüstung in der Bundesrepublik fand die Protestaktion in Duisburg statt.

Die Polizei beschlagnahmte die mitgeführten Transparente und nahm mehr als hundert Demonstranten, unter ihnen Frauen und Mädchen sowie acht Pfarrer, fest. Unter dem Vorwand, die Personalien der Festgenommenen müßten notiert werden, wurden die Demonstranten zum Teil fünf Stunden im Gefängnishof zusammengepfercht.

Bei ihrer Entlassung erklärten die Demonstranten vor den herbeigeeilten Pressevertretern, sie wollten trotz der angedrohten Gefängnisstrafen weiter entschlossen gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und für eine allgemeine Abrüstung eintreten.

Wenig rühmlich hat sich die Politische Polizei bei inzwischen begonnenen Vernehmungen der Teilnehmer in Duisburg, Wuppertal, Düsseldorf und Essen benommen. Mit der offensichtlichen Absicht, sie einzuschüchtern, wurden von mehreren jungen Menschen wie von Schwerverbrechern Photos mit umgehängten Nummernschildern und Fingerabdrücke gemacht. Auch wurde von seiten der Polizeibeamten mit den verschiedensten Drohungen gegenüber solchen Vorgeladenen nicht gespart, die von ihrem Recht Gebrauch machten, einer Aufforderung zu polizeilicher Vernehmung nicht Folge zu leisten.

Münster gibt gutes Beispiel

Auf Initiative der IdK-Gruppe von Münster hat sich im Münsterland eine Gemeinschaft „Kampf dem Atomtod in aller Welt“ formiert. Ihr gehören die verschiedensten Persönlichkeiten und Organisationen an, die die atomare Aufrüstung und alle daraus sich ergebenden Konsequenzen strikt ablehnen.

In einem kurz nach ihrer Gründung von der Gemeinschaft veröffentlichten Appell heißt es:

„Die erneute totale Militarisierung unseres gesamten zivilen Lebens — Aufhebung der persönlichen Freiheiten, Verlängerung und Ausweitung

der Wehrpflicht, allgemeiner Luftschutzwang, Arbeitsdienst für jung und alt, Mann und Frau, Beschlagnahme des privaten Eigentums, Lebensmittel- und Bekleidungsrationierung usw. — zwingt gerade die Sehenden und Verantwortungsbewußten in einen seelischen Notstand. So hat die schreckliche Gewißheit, daß geschliffene Schwerter stets wie von selbst zum vermeintlichen Feinde tanzen, daß die nun — in Ost und West gleichermaßen — verbesserten (vielmehr: verschlimmerten!) atomaren Massenvernichtungsinstrumente aber zum „Völkersebstmord“ (Eisenhower) führen, auch in Münster eine Reihe unabhängiger Persönlichkeiten zusammengebracht.“

Im Januar hat die Gemeinschaft in Münster und Umgebung ein ausgezeichnetes Flugblatt gegen den Luftschutz-Rummel verteilt, das überall, wo es hinkam, mit Beifall aufgenommen wurde. Das Flugblatt beginnt mit der Wiedergabe einer „Aufforderung zur Luftschutzübung“ aus dem Jahr 1939, die vielen älteren Einwohnern von Münster mit ihrem Troß fürchterlicher Folgen noch in schlimmer Erinnerung sein dürfte. „Der sogenannte Luftschutz war nichts anderes als ein Teil der Kriegspolitiik! Und ist es heute wieder!“, heißt es in der Flugschrift, die mit den Worten endet:

„Fort mit der Kriegspolitiik und ihrem kriegspsychologischen Luftschutz! Her mit der Friedenspolitiik, also her mit den sofortigen und tatsächlichen Verhandlungs-, Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen! Das garantiert den wirklichen Schutz. Und eben den ist die Bundesregierung dem Volke schuldig. Denn ‚Frieden auf Erden!‘ ist ein Gebot und kein Weihnachtsmärchen.“ (Auskünfte über die Gemeinschaft erteilt E. Preuß, Münster/Westf., St.-Mauritz-Freiheit 6).

Drei Jahre Raketenbasis in Brackel

Vor drei Jahren wurde in Dortmund-Brackel eine britische Raketenbasis errichtet. Die IdK ruft aus diesem Anlaß alle Kriegs- und Atomwaffengegner zu einer Mahnwache vor der Kaserne in Brackel am 23. und 24. Februar auf. Außerdem soll auf dem neuen Marktplatz in Brackel am 24. Februar eine Kundgebung mit anschließendem Fackelzug stattfinden und für den 3. März ist eine Demonstration vor dem Kaserneneingang geplant. (Nähere Auskünfte erteilt: Werner Ehrlichmann, Dortmund, Plauener Straße 17.)

Luftschutzzeit — Krieg ist nicht weit

Während in Niedersachsen und Bremen zum erstmal nach 17 Jahren Sirenen drei Minuten lang Probealarm für einen Beschuß mit atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen gaben, fand in der Bremer Innenstadt eine Protestdemonstration gegen Luftschutzübungen statt. Die Aktion wurde von Verbänden der Kriegs- und Atomwaffengegner organisiert.

Die Demonstranten trugen Transparente mit folgenden Inschriften: „Ver-

ständigung statt Sirenengeheul“, „Friedensvertrag ist der beste Luftschutz“, „Bremen niemals Hiroshima“, „Luftschutzzeit — Krieg nicht weit“, „Vor Atommaske schützt keine Aktentasche“. Einige Teilnehmer des Protestmarsches trugen einen Tisch über ihrem Kopf. Darauf stand der Hinweis: „Kein Tisch schützt Dein Leben vor Atomraketen“. Der Protestmarsch fand in Bremen viel Zustimmung. Viele Passanten schlossen sich der Aktion gegen den Luftschutz an.

Nachahmenswert

Dreiundzwanzig Ärzte in Detmold haben folgende Annonce in den Zeitungen ihrer Stadt aufgegeben:

Im Rahmen der vom New Yorker Komitee für den Generalstreik für den Frieden empfohlenen Maßnahmen in der Zeit vom 29. Januar bis 4. Februar 1962 protestieren auch wir Unterzeichneten gegen die weitergehenden Kriegsvorbereitungen und die Atombombenversuche in Ost und West. Aus ärztlicher Sicht ist uns die Unmöglichkeit eines echten Schutzes bekannt. Wir wollen frei von der Drohung des Krieges leben, der die meisten, wenn nicht alle Lebewesen zu vernichten vermag. Aus diesem Grunde haben wir beschlossen, am 1. Februar 1962 den Ertrag unserer Arbeit dieses Tages den Opfern von Hiroshima zur Verfügung zu stellen. Wir fordern die Menschen aller Überzeugungen auf, sich unserem Protest anzuschließen.“

Charakteristisch für die Pressefreiheit der Bundesrepublik ist, was den 23 Ärzten mit ihrer Annonce widerfuhr: Eine Zeitung nahm die Annonce anstandslos auf, die CDU-Zeitung von Detmold lehnte sie von vornherein ab und die sozialdemokratische „Freie Presse“ nahm sie zuerst an, ließ sie dann durch ihre Annoncenabteilung ablehnen und mußte schließlich durch eine Arbeitsniederlegung der Schriftsetzer zur Veröffentlichung gezwungen werden.

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstraße 46, Telefon 49 22 26
Postscheckkonto: Hamburg 273 060
(Hans Schiefbahn — Ständiger Kongreß)

Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel (Holstein); Prof. Dr. Reinhard Brett; Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Hamburg; Erich Klinger, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Karl Ludwig Opitz, Hamburg; Ernst Riedel, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär: Joachim Hindemith.

Verantwortlich für den Kongreßdienst:
Joachim Hindemith, Hamburg.

Wissenschaftlicher Berater:

Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Oskar-Leiner-Druck KG., Düsseldorf.

Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.

Grundsatzklärung

der Arbeitsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung

der Bundesrepublik

„Die Bundesrepublik kann mit Atomwaffen nicht verteidigt, sondern nur vernichtet werden... Atomare Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik, gleichgültig ob eigene oder fremde, würden jede Bemühung um die Wiederherstellung der deutschen Einheit zur Erfolglosigkeit verurteilen.“

(Gründungsaufruf der Aktionsgemeinschaft vom 9. März 1958)

I.

Beseelt von dem Willen, „dem Frieden der Welt zu dienen“ (Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland), fordert die Aktionsgemeinschaft den

Verzicht aller Deutschen auf atomare Bewaffnung.

Die Aktionsgemeinschaft beruft sich dabei auf Art. 26 (1) des Grundgesetzes, in dem alle Handlungen verurteilt werden, die „geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören“. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen sowie die Stationierung atomarer Waffen fremder Mächte auf deutschem Boden stellen Handlungen dar, die ein friedliches Zusammenleben der Völker verhindern und die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschwören.

Der Verzicht auf atomare Bewaffnung stellt keinen Verzicht auf nationale Rechte und keine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes dar, sondern ist vielmehr ein freiwilliger deutscher Beitrag zum Frieden, der im eigenen Interesse des deutschen Volkes erfolgt.

Die Aktionsgemeinschaft setzt sich ein

- für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa,
- für die Neutralität beider deutscher Staaten,
- für den Austritt beider deutscher Staaten aus den militärischen Machtblöcken,
- für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, der den Weg zur Wiedervereinigung frei macht,
- für die Einstellung des Kalten Krieges in Deutschland durch Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Darum tritt die Aktionsgemeinschaft ein

- für den Abbau der Rüstungsausgaben und gegen die Verlängerung der Wehrdienstzeit,
- für die Sicherung der demokratischen Grundrechte, gegen Notstandsgesetzgebung und zivile Dienstpflicht,
- für eine Erziehung im Sinne der Völkerverständigung,
- gegen jede geistige und psychologische Kriegsvorbereitung.

II.

Es steht fest,

- daß schon die Atomtests in Ost und West das Leben der gegenwärtigen und künftigen Generationen bedrohen,
- daß das atomare Wettrüsten keine Sicherheit bietet und die Gefahr eines Atomkrieges heraufbeschwört,
- daß keine Streitfragen mehr mit militärischen Mitteln gelöst werden können,
- daß alle Rüstungsausgaben eine Versündigung an Millionen hungernder Menschen in der Welt sind,

darum wirkt die Aktionsgemeinschaft

- für ein internationales Verbot aller Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, unter der Erdoberfläche, unter Wasser und im Weltraum,
- für ein internationales Verbot der Herstellung und für die Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen,
- für eine Rüstungsbeschränkung der Bundesrepublik als Beitrag zu einer allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung.

Die Aktionsgemeinschaft betrachtet es als ihre Aufgabe, durch Kundgebungen, Versammlungen, Vorträge, Demonstrationen, durch Flugblätter, Broschüren und sonstige Druckerzeugnisse die Öffentlichkeit über die Gefahren der Kernwaffen aufzuklären und alle aufzurufen, durch gemeinsames Handeln diese für die ganze Menschheit tödliche Gefahr zu überwinden.

III.

Der Tätigkeitsbereich der Aktionsgemeinschaft ist die Bundesrepublik Deutschland. Die in dieser Erklärung dargelegten Aufgaben ergeben sich aus den im Grundgesetz festgelegten Rechten und Pflichten jedes einzelnen Staatsbürgers.

Die Aktionsgemeinschaft ist parteipolitisch, konfessionell und weltanschaulich unabhängig. Die Mitwirkung in der Aktionsgemeinschaft steht jedem Staatsbürger offen, wenn er diese Grundsätze bejaht und auf dem Boden des Grundgesetzes steht.

IV.

Unabhängig von der Verantwortung, die Regierung und Bundestag für den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands haben, wendet sich die Aktionsgemeinschaft mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit, weil jeder einzelne Staatsbürger eine persönliche Verantwortung für die Erhaltung des Friedens trägt.

Die Aktionsgemeinschaft bemüht sich um die Zusammenarbeit mit allen Persönlichkeiten und Vereinigungen in der Bundesrepublik, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen.

Der gemeinsame Feind aller ist der Krieg.

Vernunft und Gewissen gebieten, Wege zum friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Gesellschaftssysteme zu finden.

**Wir setzen unsere ganze Kraft ein
für den Aufbau einer Welt ohne Krieg**

Beschlossen auf der Tagung des Zentralen Arbeitsausschusses der Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik am 2. Dezember 1961 in Düsseldorf.